

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 1. Dezember 1906	S. 1125.
II. Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 1906:	
1. Nachbewilligung für das Rathhaus	„ 1126.
2. Deckung eines Fehlbetrages auf Titel „Insgemein“ des Baufonds der Schule an der Elsfletherstraße aus anderen Titeln	„ 1127.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 1. Dezember 1906.

1. Eingabe, betreffend Übernahme des Stadttheaters in städtische Regie.

Die Bürgerschaft erklärt sich damit einverstanden, daß die Deputation für das städtische Orchester und das Stadttheater ermächtigt wird, den Theaterfundus der Erben des Hofrats Erdmann-Jesuitzer mit Ablauf der Pachtzeit derselben zu dem durch Schätzung von Sachverständigen zu ermittelnden Preise für den Staat zu erwerben.

2. Steuerzulage für Beamte.

Die Bürgerschaft nimmt den Bericht dankend entgegen.

3. Neubau der Hemmbrücke über die kleine Wumme.

Die Bürgerschaft genehmigt das vorgelegte Projekt und bewilligt die auf 15 500 M. zu veranschlagenden Kosten. Sie erklärt sich auch damit einverstanden, daß dieser Betrag in das nächstjährige Budget eingestellt wird.

4. Verkauf von Grundstücken an die Stadtgemeinde Bremerhaven.

Die Bürgerschaft erklärt ihre Zustimmung dazu, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen ermächtigt wird, die in dem vorgelegten Lageplan rot angelegten mit Nr. 1, 2, 3 und 4 bezeichneten Grundstücke an die Stadtgemeinde Bremerhaven zum Preise von 4 M. pro Quadratmeter unter den in dem Bericht (Verhdlg. S. 1091/92) angegebenen besonderen Bedingungen zu verkaufen.

5. Wahl dreier Richter.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen.

6. Anstellung eines Regierungsrats bei der Versicherungsabteilung der Polizeidirektion.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der Anstellung eines Regierungsrats bei der Versicherungsabteilung der Polizeidirektion zum 1. Januar 1907 sowie mit der Nachbewilligung von 1000 M. einverstanden.

7. Gefangenen-Transportwagen.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 12. Februar 1902 und ersucht den Senat, nunmehr die Polizeidirektion zur Erstattung eines Berichtes darüber zu veranlassen, ob und in welcher Weise der jetzige Transport polizeilich gefesselter Personen durch die Straßen der Stadt einer Umwandlung unterzogen werden kann, ob durch Anschaffung eines Gefangenentransportwagens oder sonstwie, ferner, welche Kosten mit einer solchen Umwandlung verbunden sein werden.

8. Polizeiposten in der Hafenstraße.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es jetzt nicht dringend erforderlich ist, in der Hafenstraße bis zum Freihafen einen ständigen Posten respektive eine ständige Polizeirunde einzurichten.

9. Seminar.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, in Zukunft die Seminarlehrerstellen mehr als bisher mit akademisch gebildeten Lehrkräften zu besetzen nach Maßgabe des bei den übrigen höheren Schulen herrschenden Verfahrens.

Mitteilung des Senats

vom 4. Dezember 1906.

1. Nachbewilligung für das Rathaus.

Der Senat läßt der Bürgerschaft hierneben einen Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, über den in der Überschrift bezeichneten Gegenstand zugehen. Die darin angeführten Umstände lassen es seiner Ansicht nach nicht als empfehlenswert erscheinen, die Ofenheizung im Rathause durch eine Zentralheizung zu ersetzen. Dies um so weniger, als damit nicht einmal die Heizung der oberen Rathaushalle erreicht werden könnte. Der Senat glaubt daher, die von der Baudeputation behandelte Frage verneinen zu sollen, und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Zur Erledigung des ihr vom Senat infolge des Beschlusses der Bürgerschaft vom 26. September 1906 (Verhdlgn. S. 950) erteilten Auftrages beehrt sich die Baudeputation, Abteilung Hochbau, folgendes zu berichten:

Am 17. Oktober sind von neuem alle Schornsteine und Feuerungsanlagen im Rathause von Beamten der Feuerwehr genau untersucht worden, ohne daß dabei etwas Fehlerhaftes oder irgendwie Bedenkliches gefunden wurde. Ist daher eine Feuergefährdung von den vorhandenen Anlagen nicht zu befürchten, so würde doch nach Ansicht der Hochbauinspektion durch die Ausdehnung der Zentralheizung auf das Rathaus dessen Feuericherheit erhöht werden. Auch ließe sich diese Ausdehnung ohne besonders große Schwierigkeiten bewirken. Die Kosten würden etwa 5000 M. betragen. Es ist dagegen zu bedenken, daß die Feuerstellen nicht sämtlich entfernt werden können, weil der vorhandene Kochherd erhalten werden muß. Auch würde die neue Zentralheizung nur etwa zwei Winter gebraucht werden, weil sie mit dem Abbruch des Stadthauses wieder außer Tätigkeit gesetzt werden wird.

Die Baudeputation glaubt es daher höherer Entscheidung überlassen zu sollen, ob unter den obwaltenden Umständen das Rathaus noch an die Zentralheizung im Stadthause angeschlossen werden soll.

Bremen, den 3. Dezember 1906.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.
(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Wuppelahl.**

2. Deckung eines Fehl-
Schule an

Über diesen Ge-
Bericht erstattet, den
zur Beschlußnahme hier

Der mit 9634
„Zusammen“ des Kosten
Bestreitung der darauf
etwa 1600 M. überschne-
andern Titeln des Bau-
Abteilung Hochbau bea-
baren Mitteln zu decken

Bremen, den 3.